

Herzlich willkommen auf meiner Webseite



Ich bin Sofia Leonidakis und freue mich, dass Sie sich für mein Wirken als Kandidatin für die Bremische Bürgerschaft interessieren.

Auf den folgenden Seiten entdecken Sie mehr über mich und meine politischen Ansätze.

Meine Internetpräsenz befindet sich zurzeit noch im Aufbau, wird jedoch fortlaufend ergänzt.

Für weitere Informationen empfehle ich Ihnen das umfangreiche Internetangebot meines Bremer Landesverbandes <URL:

<http://www.dielinke-bremen.de/>.

AKTUELLES

4. DEZEMBER 2016

Keine Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten aus dem Kosovo und anderen Balkanstaaten während der Wintermonate



Abschiebungen, insbesondere von Roma und Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten aus dem Balkan sind besonders kritisch zu betrachten. Die EU hat mit der „Roma-Dekade“ 2005-2015 auf die extrem schwierige Situation der Roma in Europa hingewiesen und die Kommission aufgefordert, sie als „europäische Minderheit“ anzuerkennen und sich der... [Mehr...](#)

27. MÄRZ 2016

Zwischen Regelsystem und geschlossener Einrichtung: Welche Angebote bietet die Bremer Jugendhilfe für junge Menschen mit besonderen Bedarfen?



Viele der jungen Menschen, seien sie geflüchtet oder im Bundesland Bremen aufgewachsen, die als „verhaltensauffällig“ beschrieben werden, sind in belastenden Kontexten aufgewachsen und in eine soziale Umgebung eingebettet, die für sie nicht förderlich ist. Meist lernen diese Jugendlichen Überlebensstrategien, um in ihrer Umgebung zu... [Mehr...](#)

4. MÄRZ 2016

Zustände in der Erstaufnahmestelle für jugendliche Geflüchtete weiterhin unbefriedigend



Im Juni des vergangenen Jahres besuchte die frischgewählte Bürgerschaftsabgeordnete Sofia Leonidakis die Bremer Erstaufnahmestelle für jugendliche Geflüchtete in der Steinsetzer Straße, hinter der sogenannten Erdbeerbrücke. Dieser Besuch hatte die Linkspartei-Politikerin fassungslos zurückgelassen. Bis zu 300 Personen lebten in diesem Haus auf... [Mehr...](#)

15. FEBRUAR 2016

Maghreb ist nicht sicher – Asylpaket II inakzeptabel



Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD vereinbarten am 5.11.2015 im Kanzlerinnenamt, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aussetzen zu wollen. Die Absicht, den Familiennachzug auszusetzen, ist aber humanitär und integrationspolitisch ein herber Rückschlag und rechtlich höchst fragwürdig. [Mehr...](#)

TREFFER 13 BIS 15 VON 41

< VORHERIGE 2 3 4 5 6 7 8 NÄCHSTE >

QUELLE: [HTTP://WWW.SOFIA-LEONIDAKIS.DE/POLITIK/AKTUELLES/BROWSE/4/](http://www.sofia-leonidakis.de/politik/aktuelles/browse/4/)